

Unterrichtsbeispiel

Identität(en) und politisches Handeln

Reitmair-Juárez, Susanne: Identität(en) und politisches Handeln. In: Forum Politische Bildung (Hg.): Identitäten. Informationen zur Politischen Bildung, Heft 40, 2016, S. 51-64

www.politischebildung.com

Susanne Reitmair-Juárez

Identität(en) und politisches Handeln

Bezug zum Informationsteil	Dieter Segert: Regionale, nationalstaatliche und EU-Identitäten – ein Miteinander oder das Gegeneinander der Verschiedenheiten Dirk Lange und Malte Kleinschmidt: Demokratie, Identität und Bürgerschaft jenseits des Nationalstaats. <i>Inclusive Citizenship Education</i> als neuer Ansatz der Politischen Bildung
Zielgruppe/Alter	Ab der 7. Schulstufe
Lehrplanbezug	Modul 8 (Politische Bildung): Identitäten
Thematische Konkretisierung	Die Begriffe Identität und Identitätsbildung erklären und problematisieren Zwischen Selbst- und Fremdbild unterscheiden sowie die Bereitschaft zur Selbstreflexion entwickeln
Kompetenzen	Politische Urteilskompetenz, Politische Handlungskompetenz
Zentrale Fragstellungen	<ul style="list-style-type: none">▶ Was macht meine persönliche Identität aus?▶ Wie können sich Identitäten verändern und ergänzen?▶ Wie beeinflusst meine Identität mein politisches Handeln?▶ Wer entscheidet was in der Schule?▶ Wer entscheidet was in der Politik?
Globalisierung in vielen Lebensbereichen	Annäherung an das Thema Unsere Welt ist komplex und vielschichtig. Menschen, Medien, Firmen, Städte und Staaten sind auf vielfältige Art und Weise miteinander verknüpft. Die Globalisierung ist eine Realität, sie bringt uns viele Vorteile, aber auch Nachteile. Einerseits ermöglichen uns gut ausgebaute Reisemöglichkeiten, Infrastruktur, neue Technologien und Kommunikationsmöglichkeiten, Kontakt mit Menschen überall auf der Welt zu halten, zu reisen, Sprache, Kultur und Kulinarik aus der ganzen Welt kennenzulernen, Produkte aus weit entfernten Ländern zu günstigen Preisen zu konsumieren. Andererseits wird „unsere Welt“, unsere Lebenswelt dadurch manchmal auch unübersichtlich und wenig greifbar. Es gibt VerliererInnen und GewinnerInnen dieser Entwicklung. Darüber hinaus haben unsere Lebensweise und unser Konsumverhalten auch direkte Auswirkungen auf weit entfernt lebende Menschen (beispielsweise Arbeitsbedingungen in Fabriken, Auswirkungen von Umweltschäden und Klimawandel etc.). Produktionswege sind lang, komplex und letztlich für die Einzelne bzw. den Einzelnen nur schwer nachvollziehbar. Die Struktur von multinationalen Konzernen ist meist hochkomplex, Vermögensverhältnisse und Geschäftszweige sind nur für ExpertenInnen verständlich.
Einschränkung nationaler Politikgestaltung	Die (nationale) Politik vermittelt ebenfalls oft den Eindruck, vor solch „übermächtig“ erscheinenden Strukturen und globalen Wirtschaftsplayern ihre Handlungsfähigkeit und Durchgriffsmöglichkeiten verloren zu haben – in gleichem Maße wie viele BürgerInnen das Vertrauen in eben diese Handlungsmacht der PolitikerInnen verlieren. Auch in der Politik schreitet die „Globalisierung“ bzw. Transnationalisierung immer weiter voran, wenn man an internationale Verträge und Verpflichtungen oder etwa den euro-

päischen Integrationsprozess denkt: Bei vielen Politikfeldern ist schwer zu erkennen, wer nun letztlich was entscheiden kann, wer für die Umsetzung verantwortlich ist, wer von einer Regelung profitiert und wer Nachteile hat.

**Komplexe
persönliche
Lebenswelt**

Auch in unserem ganz persönlichen Alltag erkennen wir steigende Komplexität: In Familie, Freundeskreis, (Schul-) KollegInnenenschaft oder Wohnort steigt die Vielfalt und somit die Vielschichtigkeit. Es werden verschiedene Sprachen gesprochen, verschiedenste Medien und Technologien genutzt, unterschiedliche Kleidung getragen, andere (soziale) Normen eingehalten. Vielfältige Erfahrungen, Zugehörigkeiten und Praktiken beeinflussen auch unsere persönliche Identität. Verstärkte Mobilität, Migration und Globalisierung stellen in vielerlei Hinsicht Herausforderungen für unsere persönliche Lebenswelt, für unsere Gesellschaft und die Politik dar.

**Demokratie
bezieht sich auf
den National-
staat**

Nationale Demokratie in einer internationalen Gesellschaft

Die Demokratie, wie sie in Europa verankert ist, ist im Wesentlichen für einen (homogen vorgestellten) Nationalstaat konzipiert. Das bedeutet, dass wichtige politische Rechte, wie etwa das Wahlrecht, den StaatsbürgerInnen der jeweiligen Nationalstaaten vorbehalten sind. Je mobiler die Menschen aber sind, und im Laufe ihres Lebens in verschiedenen Staaten leben, umso mehr Menschen gibt es in der nationalstaatlichen Demokratie, die von der (zentralen) politischen Teilhabemöglichkeit, nämlich dem Wahlrecht, ausgeschlossen sind – obwohl sie sich ebenso an Gesetze halten müssen, Steuern bezahlen und Teil der Gesellschaft sind. Das stellt langfristig eine Herausforderung für die Legitimation nationaler Demokratien dar. Diskussionen über neue Formen von Bürgerschaft bzw. *Citizenship* und erweiterte Partizipationsmöglichkeiten haben in (Politik-) Wissenschaft und Politik an Bedeutung gewonnen.¹

**Global agierende
Wirtschaftsplayer**

Nationale Politik in einer globalen (Wirtschafts-) Welt

Multinationale Firmen haben häufig riesige, komplexe und sehr flexible Netzwerke aufgebaut, um die Bedingungen für sich „zu optimieren“: Rohstoffgewinnung, Produktion, Marketing und Vertrieb sowie Versteuerung der Gewinne können „organisatorisch“ oder buchhalterisch derart voneinander getrennt und in verschiedenen Ländern oder Kontinenten verortet sein, dass es für die Politik eines einzelnen Nationalstaates schwierig ist, bestimmte Regelungen durchzusetzen (etwa im Umwelt-, Arbeits- oder Steuerrecht). Wenn sich die Bedingungen für eine Firma in einem Land (aufgrund einer Gesetzesänderung) verschlechtern, wird der entsprechende Firmensitz in ein anderes Land verlegt – oder zumindest wird damit gedroht. Dadurch wird die Gestaltungsmöglichkeit der nationalen Politik erheblich eingeschränkt; die Koordinierung nationaler Politiken, um der Internationalität der Firmen eine entsprechende internationale Politik entgegenzusetzen, ist jedoch ein schwieriger Prozess, wie beispielsweise im Rahmen der Europäischen Union oder auch in anderen regionalen Organisationen bzw. der Vereinten Nationen (UNO) zu sehen ist.

Heterogenität im Klassenzimmer

Nicht nur in Politik und Wirtschaft, auch in unserem konkreten Umfeld, in unserer unmittelbaren Lebenswelt sind Globalisierung und Migration sichtbar: Schulklassen, Wohnhäuser und Ortsbilder werden vielfältiger, bunter, mehrsprachig, multikulturell etc. Das stellt nicht nur für unser alltägliches Zusammenleben eine Herausforderung dar, sondern auch für Schulen und unser Bildungssystem allgemein. Die Schule war lange Zeit ein Instrument der Homogenisierung und Normierung (auch im Sinne der Identitätsbildung als StaatsbürgerInnen) – je heterogener aber die Klassen zusammengesetzt sind, desto schwieriger ist diese ursprüngliche Zielsetzung; und desto mehr wird diese Zielsetzung der Homogenisierung auch hinterfragt.

Politische Bildung für die Weltgesellschaft

Komplexität von politischen Prozessen aufbrechen

Auch für die Politische Bildung ist die Globalisierung ein wichtiger Faktor: Die oben beschriebenen Entwicklungen können zu Ohnmachtsgefühlen führen. Alles ist auf so vielfältige Weise verknüpft, dass es unmöglich scheint, die eigenen Interessen durchzusetzen. Es erscheint (zumindest in der medialen Darstellung) außerdem oft unklar, wo letztlich die relevanten Entscheidungen getroffen werden und wie Reformpläne tatsächlich umgesetzt werden könnten. Der Eindruck einer „übermächtigen“ Komplexität und Intransparenz kann lähmend wirken, Angst auslösen – und letztlich auch zu Protest(-wahl) oder völliger Abwendung von der Politik führen. Die Herausforderung für die Politische Bildung besteht darin, diese scheinbar undurchdringliche Komplexität aufzubrechen, herunterzubrechen, aufzuzeigen, wo man als BürgerIn den „Hebel ansetzen“ kann, um die eigenen Bedürfnisse und Interessen zu artikulieren und (im Idealfall) auch durchzusetzen. Ein wertvolles Instrument ist dafür das Konzept der *Global Citizenship Education*.

Dieses pädagogische Konzept ist seit 2013 eine Leitlinie der UNESCO und ist in mehreren internationalen Dokumenten, Aktionsplänen u. Ä. verankert. Im Wesentlichen versucht dieses Konzept vor dem Hintergrund der Globalisierung und den damit einhergehenden Herausforderungen für die Bildung, bestehende Pädagogiken zu kombinieren und zu erweitern. Die Politische Bildung wird dahingehend erweitert, dass die Globalisierung bzw. globale Dimensionen einzelner Themen konsequent mitberücksichtigt werden. Friedenspädagogik und Menschenrechtsbildung liefern wichtige normative Anknüpfungspunkte für *Global Citizenship Education*. Aus dem Bereich des Globalen Lernens ist die Verbindung des Globalen und Lokalen zum „Glokalen“ ein wichtiger Lernschritt, der auch für die *Global Citizenship Education* zentral ist.²

Handlungskompetenz in globalisierter Welt stärken

Da Politik und Gesellschaft wesentlich durch Globalisierungsprozesse und deren Auswirkungen geprägt werden, muss auch die Politische Bildung stets die globale bzw. internationale Ebene mitdenken, wenn sie Strukturen und Prozesse analysiert. Weltweite Strukturen und Hierarchien beeinflussen in vielfältiger Weise unsere Lebenswelt, daher ist es notwendig, dass auch die SchülerInnen sich der verschiedenen Handlungsebenen in Politik und Wirtschaft und der Verknüpfungen zwischen diesen Ebenen bewusst sind, um sich eben nicht „ohnmächtig“ zu fühlen, sondern dennoch in der Lage sind, sich ein qualifiziertes Urteil zu bilden und die eigenen Handlungsoptionen zu erkennen. Damit einher geht auch die Stärkung der eigenen Identität nicht nur als BürgerInnen eines demokratischen Staates, sondern auch als *global citizens*.

Methodisch-didaktische Hinweise

Denken in Mehrfachidentitäten

Das Modul „Identitäten“ im Lehrplan beschäftigt sich einerseits mit persönlichen Identitäten bzw. Identitätsbildung, andererseits auch mit Bausteinen und Ebenen politischer Identitäten. Wichtig ist für die Aufbereitung der Thematik im Unterricht, jeweils im Plural zu denken: Es gibt keine einheitliche, unveränderbare persönliche Identität, sondern jeder Mensch hat verschiedenste Identitätsbausteine, die sich im Laufe des Lebens verändern, sich gegenseitig ergänzen und somit das eigene „Selbstbild“ beeinflussen. Ebenso wenig ist die eigene politische Identität oder Zugehörigkeit einheitlich und unveränderlich. Die folgenden Unterrichtsbausteine sollen daher darauf hinarbeiten, die Vielschichtigkeit von Identitäten aufzuzeigen und Mehrfachidentitäten als nicht miteinander konkurrierend zu begreifen. Außerdem soll das Bewusstsein für die eigene (soziale, geografische, politische) „Verortung“ in einer Gesellschaft geweckt werden.

Stärkung einer demokratischen Identität

So wie das eigene Ich als vielschichtig und veränderbar erkannt wird (Baustein 1), so soll in einem weiteren Schritt auch herausgearbeitet werden, dass Schule, Gesellschaft und Politik ebenso vielschichtig, komplex und veränderbar (und somit auch

beeinflussbar) sind. Auch wenn eine Struktur (wie z. B. die Entscheidungsfindung in der Schule) als komplex erscheint, soll vermittelt werden, dass diese Komplexität aufgebrochen und somit „bewältigt“ werden kann (Baustein 2). Baustein 3 überträgt diese Logik dann auf das Mehrebenensystem Politik. Dabei soll herausgearbeitet werden, dass unsere persönlichen Identitäten, unsere „Standpunkte“ im Leben auch unser politisches Handeln bzw. unsere politischen Positionen wesentlich beeinflussen. Dieser Unterrichtsvorschlag arbeitet auf die Stärkung der Politischen Urteils- und Handlungskompetenzen sowie auf die Ausbildung einer demokratischen Identität hin.

UNTERRICHTSBAUSTEIN 1: Was macht mich aus?

Eigene Identitäten reflektieren	Ein Mensch definiert sich selbst über die Zugehörigkeit zu verschiedensten Gruppen, die sich von der sehr persönlichen Ebene (z. B. Familie) über Vorlieben oder Hobbies (Fußballverein, Pfadfinder etc.) bzw. den Beruf (SchülerIn, LehrerIn, SekretärIn, Ärztin etc.) über den Wohnort, das Bundesland, die Nation bis zum Kontinent (z. B. EuropäerIn) bzw. die Welt (WeltbürgerIn) erstrecken. Jeder Mensch hat ein solches Bild von sich selbst, meist – und besonders in diesem Lernalter – ist dieses aber noch unbewusst. Um einen Zugang zu Politikgestaltung zu legen, die auf verschiedenen Ebenen stattfindet, soll daher zunächst die eigene Vielschichtigkeit sowie Positionierung reflektiert werden.
Begriffsklärung	<p>In einem gemeinsamen Gespräch in der Klasse wird zuerst der Begriff „Identität“ erarbeitet. Dieser ist erfahrungsgemäß in einem jungen Lernalter noch schwierig und abstrakt. Folgende Anknüpfungspunkte können dazu dienen, den Begriff der Identität greifbarer zu machen:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▶ <i>Ausweise</i>: Diese dienen zur persönlichen Identifikation; sie halten sehr persönliche und einzigartige Merkmale fest, deren Funktion es ist, die Menschen (unverwechselbar) voneinander zu unterscheiden (z. B. Augenfarbe, Muttermale, Narben etc.). ▶ <i>Computerspiele</i>: In vielen Computer- oder Videospielen kreieren die SpielerInnen zuerst eine Identität für ihre Figur (Aussehen, Talente, bevorzugte Fahrzeuge oder Werkzeuge, Beruf etc.). ▶ <i>Zugehörigkeit zu Gruppen</i>: Jeder Mensch fühlt sich vielen verschiedenen Gruppen zugehörig. Diese prägen in unterschiedlichem Ausmaß die eigene Identität, Meinungen und Ansichten. Beispiele dafür sind die Familie oder Verwandtschaft, Freundeskreis, Hobbies und Vereine (Sportvereine, Musik, Schach, Feuerwehr, Rotes Kreuz, Pfadfinder, Jungschar oder andere religiöse Gruppen etc.), Geschlecht, Nachbarschaft oder Wohnort, das eigene Bundesland, die eigene Nation, Sprachgruppe, Lebensgewohnheiten (VegetarierIn o. Ä.), Jugendkultur, politische Gruppierung etc. ▶ <i>Erweiterte Zugehörigkeit zu Gruppen</i>: JedeR von uns ist auch in weitere, über die eigene bewusste Zuordnung hinausgehende Gruppen eingebunden, z. B. wenn die Eltern aus verschiedenen Städten, Bundesländern oder Staaten kommen, einzelne Familienmitglieder an verschiedenen Orten zu Hause sind, in der Familie oder im Freundeskreis verschiedene Sprachen gesprochen werden, verschiedene Religionen oder Traditionen praktiziert werden o. Ä. Wenn beispielsweise Familienurlaube regelmäßig bei Verwandten in einem anderen (Bundes-) Land verbracht werden und dadurch eine enge Bindung zu diesem Ort entsteht, schafft auch dies ein Zugehörigkeitsgefühl.
Identitäten ergänzen sich gegenseitig	Wichtig ist bei dieser Begriffsklärung, darauf hin zu arbeiten, dass die verschiedenen Gruppen und Zugehörigkeiten sich nicht ausschließen. Es ist durchaus möglich, zwei Sprachen als „Mutter“sprache zu haben, sich an verschiedenen Orten „zu Hause“ zu

fühlen, unterschiedliche Hobbies zu haben etc. Das schafft einerseits Verbindungen mit anderen Menschen (den anderen Gruppenmitgliedern) und macht andererseits das „einzigartige“ an den jeweiligen Identitäten aus: Die Kombination der verschiedenen Gruppen, denen man sich zugehörig fühlt, ist bei jeder Person ein wenig anders.

**Gruppen-
zugehörigkeiten
verändern sich**

Ein wichtiges Merkmal von Identitäten ist auch deren Veränderlichkeit: Im Lauf der Zeit fühlen wir uns immer wieder anderen Gruppen zugehörig, z. B. haben Kinder zuerst eine enge Verbindung zum Kindergarten, später zur Volksschule, dann zur Mittelschule etc., später vielleicht zur Universität, Berufsausbildung bzw. zum eigenen Beruf; ebenso ist man zuerst Sohn/Tochter, später schlüpft man in die Rolle der Eltern – dabei verändern sich auch die eigenen Prioritäten und Ansichten – und auch Wünsche oder Forderungen an die Gesellschaft bzw. Politik. Nachdem diese Begrifflichkeit der Identitäten gemeinsam erarbeitet wurde, können die SchülerInnen sich mithilfe einer Identitätstorte (siehe M₁) oder einer Figur (als „Selbstbild“) (siehe M₂) „ein Bild von der eigenen Identität“ machen.

Arbeitsauftrag 1 zu M₁ oder M₂ siehe Seiten 63 und 64

**Reflexion
des eigenen
Selbstbildes**

Die SchülerInnen haben nun einige Minuten Zeit, ihre Torte oder Figur auszufüllen. Wenn die Figur als Vorlage gewählt wird, können die SchülerInnen auch eine Prioritätensetzung oder Gewichtung vornehmen: Je größer eine Gruppenzugehörigkeit/ein Identitätsmerkmal eingezeichnet wird, desto wichtiger ist es für sie. Danach wird in der Gruppe sichtbar gemacht, welche verschiedenen Identitäten vorhanden sind und welche Gemeinsamkeiten es zwischen SchülerInnen gibt (die manchmal gar nicht vermutet werden).

Arbeitsauftrag 2

Ich lese nun verschiedene Kategorien oder Gruppen vor. Wenn du etwas dazu Passendes auf deiner Torte/Figur aufgeschrieben hast, stehst du bitte auf. Wenn nicht, kannst du sitzen bleiben. Das ganze passiert still, seht euch jeweils in der Klasse um und achtet darauf, wer mit euch ebenfalls aufgestanden oder sitzengeblieben ist.

Mögliche Kategorien, die vorgelesen werden:

- ▶ Meine Familie ist mir wichtig
- ▶ Es ist wichtig, dass ich ein Bub/ein Mädchen bin (es macht einen Unterschied)
- ▶ Für mich ist wichtig, dass ich in einem Fußballverein bin (auch weitere Vereine aufzählen)
- ▶ Computer- oder Videospiele
- ▶ Mein Beruf (SchülerIn)
- ▶ Wohnort
- ▶ Bundesland
- ▶ Nation/Staat
- ▶ Muttersprache
- ▶ Religion
- ▶ Weitere Hobbies
- ▶ ...

**Vielfältige
Kategorien und
Zugehörigkeiten**

Diese Kategorien können je nach Klasse beliebig erweitert oder verändert werden. Nachdem die Lehrkraft verschiedene Kategorien vorgelesen hat, kann sie auch fragen, ob die SchülerInnen Gruppen aufgeschrieben haben, die in keine der genannten Kategorien fallen – und welche das sind.

Für das abschließende Gespräch zu dieser Übung können folgende Fragen gestellt werden:

- ▶ Wie einfach oder schwierig war es für euch, diese Torte/Figur auszufüllen? Warum?
- ▶ Gibt es jemanden in der Klasse, mit dem oder der ihr immer gleichzeitig aufgestanden (oder sitzen geblieben) seid?
- ▶ Umgekehrt: Gibt es jemanden, mit dem oder der ihr niemals gleichzeitig aufgestanden (oder sitzen geblieben) seid?
- ▶ Habt ihr mit manchen KollegInnen neue Gemeinsamkeiten entdeckt? Welche?
- ▶ Wie hat es sich angefühlt, manchmal in der Mehrheit zu sein (also mit der Mehrheit der Klasse aufzustehen/sitzen zu bleiben)?
- ▶ Wie hat es sich angefühlt, manchmal in der Minderheit zu sein?
- ▶ Gab es Gruppen, bei denen ihr lieber nicht zeigen wolltet, ob sie euch wichtig sind?

**Diskussion
auswerten**

Eine Erkenntnis aus dieser abschließenden Diskussion kann sein, neue Gemeinsamkeiten oder Unterschiede mit FreundInnen/KollegInnen zu erkennen. Gleichzeitig wird auch die Vielfalt von Identitäten deutlich: Es gibt sehr viele verschiedene Gruppen, zu denen wir uns zugehörig fühlen. Es gibt außerdem Teile unserer Identität, die wir mit vielen anderen gemeinsam haben (viele stehen auf) und andere, die wir nur mit wenigen teilen. Bei unterschiedlichen Themen haben wir also unterschiedliche Interessen und Meinungen, manchmal gehören wir zur Mehrheit, manchmal zur Minderheit. Die jeweilige Gruppenzugehörigkeit beeinflusst in weiterer Folge unsere politische Position (so haben SchülerInnen unter Umständen eine andere Meinung zur Schulpflicht als LehrerInnen und Eltern). Es kann auch herausgearbeitet werden, dass es manchmal Gemeinsamkeiten oder Identitäten gibt, die man nicht sofort als solche erkennt: So können z. B. ein Reiter und eine Fußballerin gemeinsam aufstehen, wenn es um die Kategorie Sport geht – auch wenn sie unterschiedliche Sportarten betreiben, ist Sport dennoch für sie sehr wichtig; das gleiche kann auch für Sprache, Wohnort, Nationalität etc. gelten. Eine Gruppe/Kategorie ist uns persönlich wichtig, auch wenn es im Detail Unterschiede gibt.

UNTERRICHTSBAUSTEIN 2: Wer entscheidet was? Mehrebenensystem Schule

**Politik
gestaltet unser
Zusammenleben**

Ebenso wie unsere eigene Identität vielschichtig ist, so ist es auch unsere Gesellschaft. Politik ist der Prozess, in dem sich unsere Gesellschaft verbindliche Regeln gibt: Wie wollen wir zusammen leben? Was ist verboten? Was ist erlaubt? Wie gehen wir mit Konflikten um? Dabei gibt es ebenfalls verschiedene „Schichten“, „Tortenteile“ oder Ebenen, die an diesem Prozess der Entscheidungsfindung beteiligt sind. Auf den verschiedenen Ebenen gibt es verschiedene AkteurInnen, also Personen oder Institutionen, die zuständig sind. Verschiedene Menschen oder AkteurInnen haben dabei verschiedene Meinungen und Interessen – und sie haben auch verschiedene Einflussmöglichkeiten. Meine (politische) Meinung wird von meinen Identitäten (meiner gesellschaftlichen Position) geprägt.

**Lebenswelt-
bezug: Mehre-
benensystem
Schule**

Um die eigene Handlungsfähigkeit zu stärken, ist es wichtig, zu analysieren, welche Ebenen wofür zuständig sind, und wie ich meine Meinung auf diesen entsprechenden Ebenen einbringen kann. Im Folgenden wird daher versucht, verschiedene Ebenen der Politikgestaltung sichtbar zu machen und jeweils Kompetenzen bzw. Entscheidungsmacht zuzuordnen. Aufgrund des jungen Lernalters wird das Konzept von verschiedenen Ebenen, die zusammenspielen und gemeinsam ein „System“ darstellen, zunächst an einem Beispiel aus der Lebenswelt der SchülerInnen verdeutlicht: Wie wird in der Schule der Umgang mit Handys oder Smartphones geregelt? Welche AkteurInnen oder Ebenen können dabei mitreden? Wie können sich die SchülerInnen einbringen? Wo wird letztlich die Entscheidung getroffen? Eine Erkenntnis aus dieser

Analyse der verschiedenen AkteurInnen und der eigenen Möglichkeiten zur Teilhabe ist auch, dass wir uns in einer demokratischen Gesellschaft zu vielen verschiedenen Themen, die uns betreffen und die uns interessieren, einbringen können – auf verschiedene Weisen und auf verschiedenen Ebenen. Das ist Teil unserer „demokratischen“ Identität. Als *global citizens* haben wir letztlich die Möglichkeit, uns von der lokalen bis zur globalen Ebene einzubringen.

Handys in der Schule – wie wollen wir damit umgehen?

Regeln des Zusammenlebens gemeinsam erarbeiten	Handys bzw. Smartphones gehören für viele SchülerInnen ebenso zum Alltag wie für ihre Eltern und LehrerInnen. In den Schulen wird unterschiedlich auf Handys reagiert, es werden verschiedene Regelungen gefunden: In manchen Schulen müssen die Handys im Spind oder in der Tasche bleiben, in anderen Schulen müssen sie während des Unterrichts ausgeschaltet sein, können aber in der Pause verwendet werden; auch der Umgang mit Regelverstößen wird unterschiedlich geahndet. In manchen Schulen wiederum sind Handys generell verboten bzw. erlaubt (solange sie den Unterricht nicht stören) bzw. werden sogar aktiv in den Unterricht einbezogen (z. B. für Recherchezwecke). Egal wie der Umgang mit Handys an den jeweiligen Schulen geregelt ist – die meisten SchülerInnen, Eltern, LehrerInnen und DirektorInnen haben eine Meinung dazu. In diesem Unterrichtsbaustein soll nun analysiert werden, welche AkteurInnen oder Ebenen davon betroffen sind und wer an der Entscheidungsfindung zum Umgang mit Handys in der eigenen Schule beteiligt ist. Wer entscheidet, ob das Smartphone in der Schule verwendet werden darf? Und wie kann ich mich an dieser Entscheidungsfindung beteiligen?
Gespräch in der Klasse	Zu Beginn wird in einem gemeinsamen Gespräch erarbeitet, welche Regeln es derzeit an der Schule im Umgang mit Handys gibt und wo diese festgehalten wurden (z. B. Schulordnung, Klassenregeln). Als inhaltliche Auseinandersetzung mit der Frage können die verschiedenen Pro- und Kontra-Argumente gesammelt werden (z. B. Was spricht für ein Verbot von Handys an der Schule? Was spricht gegen ein Verbot? Warum ist es wichtig, das Handy während der Unterrichtszeit (nicht) zu nutzen?).
Regeln sind veränderbar	Nun wird gemeinsam herausgearbeitet, wer auf welche Weise auf diese Regel/Entscheidung Einfluss nehmen kann – z. B., um sie zu verändern. Es werden die verschiedenen Betroffenen sowie die verschiedenen „politischen Ebenen“, also AkteurInnen, die an der Entscheidung beteiligt sein könnten aufgezählt. Es stellt sich heraus, dass es viele verschiedene AkteurInnen gibt, die jeweils verschiedene Meinungen und Interessen bzw. Argumente haben. Man könnte also sagen, dass auch die Schule ein Mehrebenensystem ist.
	Folgende AkteurInnen sollten genannt werden: <ul style="list-style-type: none"> ▶ SchülerInnen ▶ Klasse/KlassensprecherIn ▶ Klassenvorstand ▶ LehrerInnen/Lehrerkonferenz ▶ DirektorIn ▶ SchulsprecherIn ▶ Eltern/Elternverein ▶ Schulforum/Schulgemeinschaftsausschuss ▶ Bundespolitik (z. B. Bildungsministerium)
Verschiedene AkteurInnen entscheiden	Die Lehrkraft kann bereits im Vorfeld die verschiedenen beteiligten AkteurInnen und Ebenen jeweils auf ein Blatt Papier schreiben. So gibt es beispielsweise ein Blatt, mit der Frage „Was kann ich selbst beitragen?“, ein weiteres Blatt „Was kann unserE KlassensprecherIn machen?“, „Wie können LehrerInnen ihre Meinung einbringen?“, „Was

kann der Direktor/die Direktorin tun?“ etc. Wenn beim anfänglichen Brainstorming manche AkteurInnen von den SchülerInnen nicht genannt wurden, so werden sie von der Lehrkraft ergänzt.

**SchülerInnen
notieren ihre
Vorschläge**

Diese einzelnen Blätter mit den jeweiligen „Ebenen“ werden nun auf verschiedene Tische in der Klasse ausgelegt. Die SchülerInnen bekommen nun einige Minuten Zeit und können mit einem Stift von Tisch zu Tisch gehen und jeweils für sich eine Antwort auf die Frage auf dem Papier überlegen und auf das Blatt schreiben. Sie können auch auf andere Vorschläge, die bereits von anderen SchülerInnen notiert wurden, antworten bzw. reagieren. Wenn alle fertig sind, werden die Blätter nacheinander besprochen. Es empfiehlt sich, dass jeweils ein Schüler oder eine Schülerin die Antworten, die auf einem Blatt aufgeschrieben wurden, vorliest und diese dann in der Klasse diskutiert werden. Die Lehrkraft ergänzt, wenn Handlungsoptionen nicht genannt werden.

Arbeitsauftrag 3

Nehmt einen Stift mit und geht nacheinander zu den verschiedenen Tischen mit den Blättern. Bei jeder Station findet ihr ein Blatt mit einer Frage, z. B. „Was kann die Klassensprecherin machen?“. Überlegt jeweils eine Antwortmöglichkeit und notiert sie auf dem Blatt. Wenn eure KollegInnen schon etwas aufgeschrieben haben, dann könnt ihr auch darauf antworten oder reagieren.

**Ebenen und
Zuständigkeiten
herausarbeiten**

Auf diese Weise werden in dieser Übung anhand einer feststehenden Frage (Wie wollen wir mit Handys an der Schule umgehen?) in einem ersten Schritt alle beteiligten Personen bzw. Ebenen herausgearbeitet; im nächsten Schritt werden für diese Ebenen die jeweiligen Handlungsmöglichkeiten festgehalten. Die SchülerInnen werden in einigen Fällen nicht genau über Zuständigkeiten Bescheid wissen, daher bringt die Lehrperson solche Informationen auf Nachfrage ein.

**Diskussion
in der Klasse**

Bei der Besprechung der Handlungsmöglichkeiten, die die SchülerInnen notiert haben, wird deutlich, dass es in der Schule verschiedene Möglichkeiten gibt, wie man sich an Entscheidungen und an der Erarbeitung von verbindlichen Regeln beteiligen kann. Einerseits gibt es verschiedene „Gremien“ oder Institutionen (KlassensprecherInnen/Schulparlament, Schulforum/Schulgemeinschaftsausschuss, LehrerInnenkonferenz, Direktion); die SchülerInnen oder einzelne LehrerInnen können sich z. B. in einem persönlichen Gespräch oder in einem Brief an eines dieser Gremien wenden und ihre Meinung ausdrücken bzw. werden diese teilweise gewählt (KlassensprecherIn, SchulsprecherIn). Es ist aber auch möglich, sich „an die Öffentlichkeit“ zu wenden, indem beispielsweise ein Plakat mit einer Forderung gestaltet und in der Aula aufgehängt wird, eine kurze Protestaktion in der großen Pause veranstaltet wird etc.

**Eigene Position
beeinflusst
Meinung**

Im Laufe dieser Diskussion soll der Bezug zwischen dem „Mehrebenensystem Schule“ und den Möglichkeiten der (demokratischen) Mitbestimmung hergestellt werden. Wichtig ist, dass die eigene Identität, der eigene (gesellschaftliche, soziale) Standort wesentlich die politische Haltung mitbestimmt. LehrerInnen sehen eventuell die Störung oder Ablenkung durch Handys im Unterricht, SchülerInnen wollen in der Pause Musik hören oder Nachrichten verschicken, Eltern wiederum möchten, dass ihre Kinder erreichbar sind etc.

Auch die Politik bietet uns auf verschiedenen Ebenen unterschiedliche Möglichkeiten, uns einzubringen, unsere Interessen und Meinungen zu vertreten. Das ist der Unterschied zwischen einer Demokratie und einer Diktatur, wo es kaum Formen der Mitbestimmung gibt. Und das prägt ebenfalls unsere Identität, unsere Selbstwahrnehmung – wir wissen, wir können uns frei eine Meinung bilden und diese vertreten.

Mögliche Vertiefung: Wie sag ich's am besten?

Stärkung der Handlungskompetenz

Als mögliche Vertiefung kann im nächsten Schritt die Handlungskompetenz der SchülerInnen in den Mittelpunkt gerückt werden. Handlungsmöglichkeiten, die die SchülerInnen zuvor herausgearbeitet haben, werden in die Praxis umgesetzt. Die SchülerInnen diskutieren in Kleingruppen, was ihre Position zum Thema Handy in der Schule ist und an wen sie ihre Meinung am besten vermitteln wollen. Als Nächstes wird überlegt, in welcher Form sie dies am besten tun könnten (persönliches Gespräch, Brief, Plakat, kurze Aktion in der Pause etc.). Die Ergebnisse aus dieser Gruppenarbeit werden der Klasse vorgestellt und gemeinsam besprochen: Gibt es eine gemeinsame Position in der Klasse? Welche Person/WelcheN AkteurIn sollte man am besten informieren? Wie könnte die Klasse das umsetzen? Nun können ein oder zwei Vorschläge ausgewählt und in die Tat umgesetzt werden, etwa: Die SchülerInnen verfassen einen Brief an die Direktorin; überlegen, mit welchen Argumenten sie ihre Eltern von ihrer Position überzeugen könnten; planen eine kurze (Protest-) Aktion in der großen Pause etc.

UNTERRICHTSBAUSTEIN 3: Wer entscheidet was? Mehrebenensystem Politik

Thema mit Lebensweltbezug der SchülerInnen

Ähnlich wie in der Schule (bzw. Schulpolitik) gibt es auch in der Politik verschiedene Ebenen, die in einem bestimmten Politikfeld jeweils verschiedene Interessen haben, verschiedene Argumente vorbringen und unterschiedliche Dinge entscheiden bzw. umsetzen können. Im dritten Baustein soll daher nun konkret auf das demokratische System und seine verschiedenen Ebenen und Zuständigkeiten eingegangen werden. Wir wählen ein Thema, das ebenfalls mit neuen Technologien sowie mit neuen Medien zu tun hat und in der Lebenswelt der SchülerInnen relevant ist: Wie soll mit Hasspostings, Cybermobbing u. Ä. umgegangen werden?

Social Media als Chance und Herausforderung

Die vielfältigen Kommunikationsmöglichkeiten, die Smartphones, ständiger Internetzugang, Social Media und verschiedenste Apps bieten, werden von SchülerInnen (als sogenannte digital natives) intensiv genutzt. Das kann einerseits ihre Kompetenzen im Umgang mit Medien und Technologien stärken, andererseits ist es für LehrerInnen oder Erziehungsberechtigte zunehmend schwierig, den Überblick zu behalten, auf welchen Kanälen, mit welchen Personen (und zu welchen Themen) die Jugendlichen kommunizieren. Hasspostings, die Verbreitung von radikalen oder extremen Inhalten, Cybermobbing und ähnliches sind daher sowohl für SchülerInnen wie auch für LehrerInnen und Eltern ein wichtiges Thema. Betreiberfirmen von Online-Plattformen sind in dieser Hinsicht ebenso gefordert wie die Politik. Auch sie beschäftigt sich zunehmend mit Form und Inhalt der Online-Kommunikation, nachdem einerseits die Problematik der Radikalisierung von Jugendlichen relevanter wurde, andererseits Kinder und Jugendliche zunehmend verbaler Gewalt, Cybermobbing, Hass-Postings bis hin zum Sexting ausgesetzt sind. Es ist daher auch im Interesse der Bildungs- und Familienpolitik bzw. des Jugendschutzes, einen sinnvollen Umgang mit dieser Thematik zu finden und die SchülerInnen dahingehend zu sensibilisieren.

Dieses Thema betrifft also potenziell jedeN von uns – JedeR hat eine Meinung dazu. Es gibt verschiedene Möglichkeiten und Vorschläge, wie mit Hate Speech oder Mobbing umgegangen werden könnte. Aber: Wer entscheidet das letztlich? Und wie können diese Vorschläge umgesetzt werden? Das soll in diesem Unterrichtsbaustein thematisiert werden. Der Ablauf ist analog zu Baustein 2.

Vor- und Nachteile erarbeiten

Zu Beginn wird in einem gemeinsamen Gespräch in der Klasse das Thema Nutzung von und Kommunikation über Social Media sowie potenzielle Gefahren dabei erarbeitet. Hierbei sind die SchülerInnen ExpertInnen und können über ihre persönlichen

Nutzungsgewohnheiten sowie über persönliche positive wie negative Erfahrungen berichten. So können Vor- und Nachteile der Neuen Medien herausgearbeitet werden. Ziel des Gesprächs ist es, herauszuarbeiten, dass Probleme wie Hasspostings, Cybermobbing, Sexting oder Radikalisierung durch Social Media auch etwas sind, wozu es Regeln und (bei Verstoß) Sanktionen gibt. Dies ist Aufgabe der Politik. Andererseits hat die Politik nur begrenzte Möglichkeiten der Umsetzung bei einem so komplexen und dezentralen System wie Internet bzw. Social Media. Es kommt also ganz wesentlich auf die UserInnen selbst an: Wie nutzen sie die Kommunikationskanäle? Wie gehen sie selbst mit negativen Erfahrungen oder mit Regelverstößen um? Wie können sie selbst dagegen arbeiten? Das bedeutet, Eigenverantwortung und Initiative der NutzerInnen sind wichtige Elemente bei der Durchsetzung von Politiken. Dies gilt auch in vielen anderen Bereichen. Die SchülerInnen können also einerseits auf die Gestaltung von Politik (also auf die konkrete Ausgestaltung von Regeln) Einfluss nehmen, weil wir in einer Demokratie leben. Andererseits haben sie aber auch einen wesentlichen Anteil an einer erfolgreichen oder effektiven Umsetzung von Regeln. Auch hier ist wiederum auf die Standortgebundenheit hinzuweisen: Unsere eigene Identität, persönliche Erfahrungen und Interessen bestimmen wesentlich unsere (politische) Meinung.

AkteurInnen und politische Ebenen herausarbeiten

Nach dem inhaltlichen Einstieg werden wiederum die verschiedenen AkteurInnen und Ebenen gesammelt, die bei der Formulierung von Regeln (Gesetzen) zum Thema eingebunden sind, und die (im Umkehrschluss) auch an der Umsetzung beteiligt sind.

Es sollten folgende AkteurInnen genannt werden:

- ▶ Ich selbst/Individuum/Familie/Freundeskreis
- ▶ Vereine/NGOs/Initiativen/Zivilgesellschaft
- ▶ Gemeinde/Stadt
- ▶ Landesebene (Landtag, Landesregierung)
- ▶ Bundesebene (Bundesregierung, Parlament)
- ▶ Europäische Union
- ▶ Facebook/Twitter/etc.

Beteiligte AkteurInnen erarbeiten

Die einzelnen Ebenen bzw. AkteurInnen werden wiederum je auf ein Blatt Papier vermerkt, mit einer entsprechenden Frage (z. B. Was kann ich selbst tun? Was kann die Bundesregierung entscheiden?). Die SchülerInnen gehen wiederum mit einem Stift von Station zu Station und notieren ihre Vorschläge bzw. reagieren auf Kommentare anderer SchülerInnen. Wenn alle SchülerInnen fertig sind, werden wiederum die einzelnen AkteurInnen besprochen. Der Kasten Arbeitswissen kann – je nach Vorwissen der SchülerInnen – vor dieser Übung oder danach als inhaltliche Ergänzung gelesen werden.

Abschließende Diskussion

Handlungsmöglichkeiten verschiedener AkteurInnen

Bei der Besprechung der Vorschläge der SchülerInnen zu den einzelnen AkteurInnen können folgende Punkte herausgearbeitet werden: Aufgrund neuer technologischer und gesellschaftlicher Entwicklungen wurden Aspekte wie Cybermobbing, Hate Speech u. Ä. zu einem wichtigen Thema in der Gesellschaft. Darauf kann die Politik reagieren, z. B. indem sie Gesetze schafft, die Verbote und Strafen vorgeben. Das kann auf verschiedenen Ebenen passieren: Die Landesebene kann beispielsweise im Rahmen des Jugendschutzgesetzes entsprechende Regelungen schaffen oder Anlaufstellen für Opfer von Hate Speech und Cybermobbing ins Leben rufen. Auch die Gemeinden können z. B. Beratung anbieten. Auf Bundesebene trat zu Beginn des Jahres 2016 der sogenannte Cybermobbing-Paragraph in Kraft. Die Bildungspolitik (ebenso wie Schulen, Jugendzentren, Vereine, Familien) kann das Thema aufgreifen

HATE SPEECH UND CYBERMOBBING

ARBEITSWISSEN

„Hate Speech ist, wenn man Worte und Bilder als Waffe einsetzt, bewusst, gezielt und voll auf die Zwölf. Wenn Menschen abgewertet, angegriffen oder wenn gegen sie zu Hass oder Gewalt aufgerufen wird, dann nennt man es Hate Speech. Oft sind es rassistische, antisemitische oder sexistische Kommentare, die bestimmte Menschen oder Gruppen als Zielscheibe haben.

Die Online-Hetze richtet sich im Moment insbesondere gegen Frauen, geflüchtete Menschen, Sinti*ze und Rom*nija, Menschen mit Behinderungen oder Homo- und Transpersonen. In der Zukunft sind es vielleicht Dän*innen, weiße Männer oder Facebook-User*innen.

Was ist Cybermobbing?

Cybermobbing findet nicht auf dem Schulhof, sondern im Internet statt. Allerdings sind die Opfer nicht nur Schüler*innen, sondern ganz allgemein gesagt: User*innen, die über längere Zeit belästigt, beleidigt, bedroht oder bloßgestellt werden.

Wie groß ist das Problem eigentlich?

Es ist schwierig, das genau zu sagen. Denn Hate Speech hat viele verschiedene Facetten und nicht alles kann dokumentiert werden. (...) 2015 hat der Europarat (Abteilung Jugend) eine Online-Meinungsumfrage gemacht: 83 % der Befragten gaben an, dass sie online Erfahrungen mit Hate Speech gemacht haben.“

Quelle: no-hate-speech.de/de/wissen/, 07.10.2016

Was kann die Politik tun?

Bei *Hate Speech* oder *Cybermobbing* hat die Politik verschiedene Möglichkeiten, einen Rahmen zu schaffen, was erlaubt oder verboten ist. In Österreich ist z. B. Verhetzung oder *Cybermobbing* verboten und jeweils mit einer Freiheitsstrafe bedroht. Das bedeutet, wenn man zu Gewalt oder Hass gegen bestimmte Gruppen aufruft, z. B. wegen ihrer Religion, Herkunft, Hautfarbe o. Ä. (Verhetzung) oder wenn man eine Person in der (Online-) Öffentlichkeit über längere Zeit hinweg lächerlich macht, beleidigt oder sehr persönliche Daten veröffentlicht (z. B. peinliche Fotos), so kann man dafür verklagt und bestraft werden. Nun kommt es aber darauf an, was wir alle – also die Nutzerinnen und Nutzer – in den Sozialen Medien machen: Wie kommunizieren wir selbst? Melden wir es dem Betreiber der Website, wenn jemand gemobbt wird? Mischen wir uns ein? Oder klicken wir einfach weiter?

und die Kompetenzen der SchülerInnen im Umgang mit Hass oder Mobbing im Netz stärken, Aufklärungsarbeit leisten etc. Das ist auch auf internationaler Ebene möglich, wie die No Hate Speech Campaign des Europarats zeigt. Auch die EU könnte dieses Thema aufgreifen und eine Richtlinie für den Umgang mit Hass im Netz zu erarbeiten. BetreiberInnen von Social Media (z. B. Facebook, Instagram u. Ä.) können ihren Umgang mit rassistischen, sexistischen oder drohenden Inhalten verändern (z. B. Accounts rascher sperren, Inhalte löschen, Anzeigen einleiten). Internationale Organisationen (die UNO) können das Thema auf ihre Agenda setzen und Regelungen erarbeiten, die dann in allen Ländern der Welt beachtet werden sollen.

Standort- gebundenheit von AkteurInnen

Wiederum soll herausgearbeitet werden, wie die jeweilige „Position“ eines Akteurs bzw. einer Akteurin dessen Meinung und Handeln beeinflusst. So mahnen beispielsweise Betroffene von Cybermobbing strengere Regeln und mehr Bewusstseinsarbeit in dem Bereich ein, während Betreiber von Social Media sich häufig dagegen wehren, für die Inhalte, die UserInnen auf ihren Profilen posten, verantwortlich gemacht zu werden.

Eigenverantwortung als BürgerInnen

Ein wichtiger Punkt, der aber betont werden soll, ist die Eigenverantwortung der NutzerInnen selbst. Das Internet und Social Media ermöglichen es, sich frei auszudrücken, Informationen zu beziehen und zu teilen etc. Die Meinungs- und Informationsfreiheit, die in einer Demokratie generell gilt, ist durch die Neuen Medien noch „einfacher“ geworden. Mit Freiheit geht jedoch immer auch Verantwortung einher. Das ist ein wichtiger Teil einer demokratischen Identität: Freiheit muss verantwortlich genützt werden. Die Konsequenzen der eigenen Handlungen sollten mitbedacht werden. In einer Diktatur sind gewisse Dinge „einfacher“ – weil sie einfach verboten sind. Die Demokratie bietet uns mehr Freiheiten, fordert aber auch Verantwortungsübernahme und Kompetenzen im Umgang mit dieser Freiheit.

- 1 Für einen Überblick zu den entsprechenden Debatten siehe: Diendorfer, Gertraud/Reitmair-Juárez, Susanne: Citizenship und Global Citizenship Education. Neue Konzepte in Politik und Bildung, in: Diendorfer, Gertraud/Welan, Manfred (Hrsg.): Demokratie und Nachhaltigkeit. Verbindungslinien, Potenziale und Reformansätze. Innsbruck 2016, S. 149–182.
- 2 Wintersteiner, Werner/Grobbauer, Heidi/Diendorfer, Gertraud/Reitmair-Juárez, Susanne: Global Citizenship Education. Politische Bildung für die Weltgesellschaft. Klagenfurt, Salzburg, Wien 2015.

WEITERFÜHRENDE HINWEISE

Das Themenheft „Jugend – Demokratie – Politik“, Informationen zur Politischen Bildung Nr. 28, 2008, herausgegeben vom Forum Politische Bildung erklärt verschiedene Möglichkeiten der Beteiligung in der Schule und stellt konkrete Beispiele (z. B. Schulparlament) vor. www.politischebildung.com

Forum Politische Bildung (Hrsg.): Geschlechtergeschichte. Geschlechterpolitik. Gender Mainstreaming, Nr. 26/2006

Das Themenheft befasst sich mit dem Wandel des Geschlechterverhältnisses, mit Frauenpolitik und dem Kampf um Gleichbehandlung und Geschlechtergerechtigkeit und bereitet Timelines zu „Frauen in der Politik“, „Gleichbehandlungsrecht in Österreich“ etc. auf.

Forum Politische Bildung (Hrsg.): Herrschaft und Macht, Nr. 31/2010

Auch das Themenheft „Herrschaft und Macht“ befasst sich mit Geschlechterbeziehungen. Reinhard Krammer zeigt in der Onlineversion des Hefts ein „Fahren-Insel-System“, mit dem die „Geschichte der Machtverteilung zwischen den Geschlechtern“ bearbeitet werden kann.



WEBTIPP

Im virtuellen Wissenszentrum www.demokratiezentrum.org finden Sie im Themen-Modul „Demokratiegeschichte in Österreich 1918–1938“ vertiefende Informationen zur Ersten Republik und zum autoritären „Ständestaat“ 1933–1938 bis zum „Anschluss“ Österreichs an das nationalsozialistische Deutschland.

▶ www.demokratiezentrum.org → Demokratieentwicklung → 1918-1938

Im Themenmodul „Citizenship-Konzepte“ finden Sie vertiefende Informationen zur Bedeutung der Konzepte Staatsbürgerschaft und Citizenship sowie zu aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in diesem Bereich.

▶ www.demokratiezentrum.org → Themen → Citizenship-Konzepte



LITERATURTIPP

Wintersteiner, Werner/Grobbauer, Heidi/Diendorfer, Gertraud/Reitmair-Juárez, Susanne: Global Citizenship Education. Politische Bildung für die Weltgesellschaft. Klagenfurt, Salzburg, Wien 2015

Diese Broschüre erläutert das pädagogische Konzept der *Global Citizenship Education* und zeigt Anknüpfungspunkte zu Lehrplänen und Unterrichtsprinzipien auf. Sie kann kostenlos heruntergeladen oder bestellt werden unter: www.demokratiezentrum.org → Materialien

MATERIALIEN UND KOPIERFÄHIGE VORLAGEN

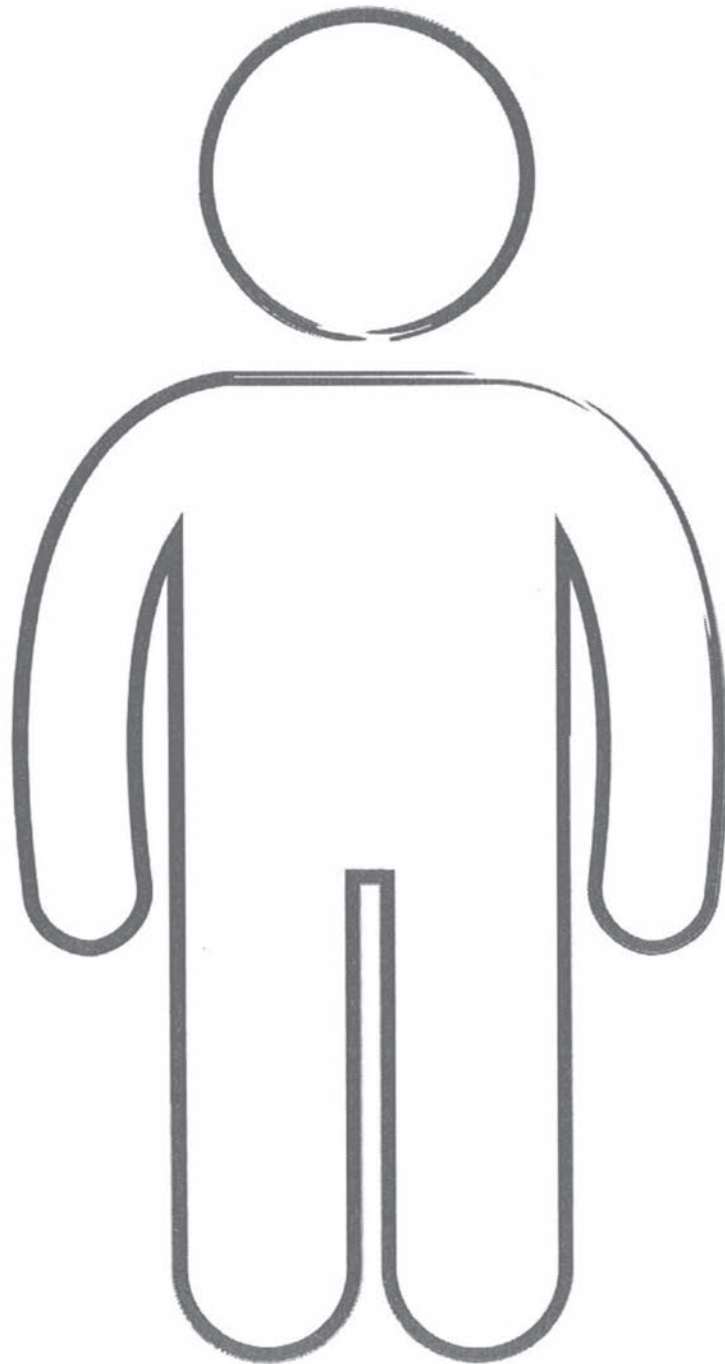
M₁ IDENTITÄTSTORTE



Arbeitsauftrag:

Überlege für dich selbst, welche Merkmale dich ausmachen und welchen Gruppen du dich zugehörig fühlst. Schreibe in die einzelnen Tortenstücke jeweils eine Gruppe, die für dich wichtig ist, also zu der du dich zugehörig fühlst.

M₂ MEIN SELBSTBILD



Arbeitsauftrag:

Überlege für dich selbst, welche Merkmale dich ausmachen und welchen Gruppen du dich zugehörig fühlst. Schreibe in die verschiedenen Körperteile der Figur jeweils eine Gruppe, die für dich wichtig ist, also zu der du dich zugehörig fühlst.